

1 **Europa neu denken**

2 Wir spüren bei vielen politischen Debatten: Unsere liberal-demokratische Grundordnung wird
3 weltweit, aber auch in Europa und im eigenen Land, so stark herausgefordert wie vielleicht noch
4 nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch bei grundsätzlich pro-europäisch eingestellten
5 Menschen finden wir Kritik an der Europäischen Union (EU) und Zweifel, ob das derzeitige europä-
6 ische Konstrukt die aktuellen Herausforderungen bewältigen kann. Autoritäre politische Ansätze
7 versprechen schnelle Lösungen für komplexe Probleme und üben einen größeren Reiz auf die Men-
8 schen aus, als dies noch vor einigen Jahren denkbar schien.

9 Nationalismus, staatlicher Egoismus und autoritäre politische Elemente stellen für uns keine sinn-
10 volle Alternative dar. Vielmehr lehrt uns die Geschichte, dass sie den Frieden und Wohlstand ge-
11 fährden und keinen Beitrag zur Lösung politischer Probleme zu leisten imstande sind.

12 Für uns als CDU ist klar, dass die großen, weltpolitischen Herausforderungen unserer Zeit nur mit
13 einem starken Europa zu meistern sind. Dies setzt eine Weiterentwicklung Europas voraus. Gleich-
14 zeitig bekennen wir uns vor dem Hintergrund, dass sich viele europäische Bürger mit ihrem eige-
15 nen Land identifizieren und sie nach wie vor Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Nati-
16 onalstaaten haben und einen europäischen Zentralstaat mehrheitlich ablehnen, zum Erhalt der
17 Nationalstaaten und zum Subsidiaritätsprinzip, das auf der Leistungsfähigkeit und Lösungskompe-
18 tenz der Nationalstaaten beruht. Aufgaben, die bei den Kommunen, Bundesländern oder Mitglied-
19 staaten besser aufgehoben sind, sollten auch in deren Zuständigkeit bleiben.

20 Vor diesem Hintergrund gilt es daher, die Erfolgsgeschichte Europa neu zu schreiben, Europa zu
21 stärken und gleichzeitig das Verhältnis der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaa-
22 ten neu auszutarieren. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU, der „EU-Haushalt“,
23 bietet die Chance, neue Weichenstellungen vorzunehmen, Schwerpunkte zu definieren und die
24 Europäische Union zukunftsfähig zu machen.

25

26 **Daher beschließt die Hamburger CDU:**

27

28 **Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik**

29 Gerade im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten wir stärker in Europa
30 zusammenarbeiten und die Bereitschaft zeigen, nationalstaatliche Souveränitätsrechte an europäi-
31 sche Institutionen abzugeben. Jeder einzelne europäische Staat ist alleine zu klein, um bei den
32 wichtigen weltpolitischen Fragen eine tragende Rolle zu spielen. Beim Syrien-Konflikt, bei Flücht-

33 lingsbewegungen oder den aktuellen Handelsfragen – nur gemeinsam werden wir Europäer hier
34 erfolgreich sein!

35 Wenn wir uns in der Welt umschaun, dann können wir feststellen, dass China und Indien als Ein-
36 zelstaaten – gemessen an der Bevölkerungszahl – heute schon deutlich größer als die EU sind. Län-
37 der wie Indonesien und Brasilien wachsen in den nächsten Jahrzehnten rasant. Nigeria wird im Jahr
38 2060 laut Prognosen mehr Einwohner als die EU haben. Momentan stellen wir EU-Bürger noch
39 sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bis 2060 sinkt unser Anteil auf dann fünf Prozent.

40 Sicherheitspolitisch sind die ständige strukturierte Zusammenarbeit „PESCO“ (Permanent Struc-
41 tured Cooperation) und die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsunion ein wichtiger An-
42 satz. Wir dürfen jedoch nicht dabei stehenbleiben, sondern sollten langfristig eine Art europäische
43 Verteidigungsarmee und ein gemeinsames Zentrum für Cybersicherheit etablieren. Eine solche
44 Streitkraft ist wichtig, damit Europa außen- und verteidigungspolitisch eine starke Säule in der
45 Weltpolitik darstellt und seinen eigenständigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung
46 von Frieden und Recht in der Welt leisten kann. Auf Dauer sparen die Nationalstaaten durch die
47 Einführung einer solchen Armee auch Kosten, die sie beispielsweise in Bildung, die Infrastruktur
48 oder Polizei stecken können. Einen weiteren Schritt nach der PESCO-Initiative können wir hier
49 unternehmen, indem wir die laufenden Militäreinsätze der EU nicht mehr über die nationalen
50 Haushalte finanzieren, sondern über einen gemeinsamen „EU-Haushalt“. Auf diese Weise würde
51 Europa auch bei der Finanzierung der NATO mit einer Stimme sprechen.

52 Wir sind auch offen für die Einrichtung eines europäischen Außenministers, der deutlich mehr
53 Kompetenzen als der „Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“
54 hat.

55 Wir brauchen die EU auch für die Sicherung der europäischen Außengrenzen, die Steuerung der
56 Migration und die Bekämpfung von Terrorismus. Für jeden europäischen Nationalstaat ist es am
57 Ende teurer und ineffizienter, diese Aufgaben alleine zu bewältigen. Wenn wir bei diesen Themen
58 im Zuge des nächsten „EU-Haushalts“ gezielt investieren, dann wird nicht nur Europa, sondern
59 dann werden insbesondere wir Deutsche davon profitieren.

60 Daher muss die Aufstockung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX beim anstehenden
61 MFR eine sehr hohe Priorität genießen. Mit den neuen Impulsen bei der Sicherung der EU-
62 Außengrenzen und in der Entwicklungspolitik wird dann auch die gemeinsame Asyl- und Migrati-
63 onspolitik weiter gestärkt. Es müssen auch einheitliche Standards bei Asylverfahren, eine gemein-
64 same Rückführungspolitik, Maßnahmen zur Kontrolle und Schließung von Migrationsrouten sowie
65 Reformen des Schengener Informationssystems und des Schengener Grenzkodex entwickelt wer-
66 den.

67 In der Entwicklungspolitik können wir als Europäische Union einen „Marshallplan mit Afrika“ auf-
68 legen und insgesamt neue Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in Afrika
69 setzen. Dabei sind insbesondere auch Handelsbarrieren zwischen der EU und Afrika sowie verzer-
70 rende EU-Subventionen zu hinterfragen.

71

72 **Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik**

73 Im Rahmen des „EU-Haushalts“ müssen auch neue Impulse in der Wirtschafts- und Wissenschafts-
74 politik gesetzt werden.

75 In der Wirtschaftspolitik brauchen wir eine europäische Zusammenarbeit bei den Querschnitts-
76 technologien „Künstliche Intelligenz“ und „Blockchain“, die bereits heute immer mehr Lebensbe-
77 reiche umfassen. Auch brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung und
78 Produktion von Batteriezellen der neuesten Generation zum Ausbau der Elektromobilität. Vor dem
79 Hintergrund eines Technologiewettlaufs um die Vorherrschaft im Bereich der künstlichen Intelli-
80 genz zwischen den USA und China werden wir die notwendigen Investitionen hierfür nur gemein-
81 sam mit unseren europäischen Partnern aufwenden können. Nur durch gemeinsames Agieren auf
82 europäischer Ebene lassen sich Synergien erzeugen, um bei disruptiven Innovationen Weltmarkt-
83 führer zu werden und Abhängigkeiten abzubauen.

84 Ähnliches gilt auch für die Wissenschaftspolitik. Warum schaffen wir nicht europäische Universitä-
85 ten, die wir gemeinsam durch alle Mitgliedstaaten finanzieren und die wir dadurch in die Lage ver-
86 setzen, mit Spitzenuniversitäten in der Welt mithalten? So können wir die Attraktivität des Wis-
87 senschaftsstandorts Europa und die Anziehungskraft auf Studenten und Wissenschaftler aus aller
88 Welt erhöhen. Forschung und Entwicklung sind die Voraussetzung für die Sicherung der Wirt-
89 schaftskraft in der EU.

90 Jugendpolitische Initiativen wie Erasmus Plus unterstützen wir ebenfalls: Sie sind einmalig in der
91 Welt und nur durch die Zusammenarbeit der EU-Staaten möglich. Wir begrüßen den Ausbau von
92 kostenlosen Interrail-Tickets für Jugendliche, um bei der jungen Generation Begeisterung für Euro-
93 pa zu wecken.

94

95 **Neue Ansätze beim „EU-Haushalt“**

96 Die EU braucht in diesem Sinne neue Impulse und Initiativen. Im Rahmen des nächsten „EU-
97 Haushalts“ geht es darum, die vorstehend genannten Bereiche finanziell und institutionell zu stär-
98 ken. Aber wir sollten nicht alle politischen Bereiche europäisieren, sondern nur diejenigen, bei de-
99 nen ein Mehrwert entsteht: ein Mehr an Sicherheit, ein Mehr an Wirtschaftskraft oder ein Mehr an
100 Mobilität. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip sollten daher die Aufgaben, die bei den Kom-

101 munen, Ländern oder Nationalstaaten besser aufgehoben sind, auch in deren Zuständigkeit ver-
102 bleiben. Deswegen ist es für uns kein Selbstzweck oder Automatismus, der EU mehr Finanzmittel
103 zur Verfügung zu stellen. Europäische Strukturmittel sollen nur für Projekte ausgegeben werden,
104 die die europäische Wirtschaft stärken und die o.g. politischen Maßnahmen unterstützen.

105 Vor diesem Hintergrund wollen wir genau schauen, wo man beim MFR auch Einsparungen vor-
106 nehmen kann, um die EU sparsamer und effizienter zu machen. Hierzu zählt auch die Überarbei-
107 tung der Subventionsausgaben. Die Konzentration und Straffung von Zuständigkeiten ermöglicht
108 eine effiziente Umsetzung von Maßnahmen; gleichzeitig erfährt eine effizientere und kostenbe-
109 wusstere EU mehr Akzeptanz bei den Bürgern.

110 Wer Akzeptanz bei den Bürgern erfahren möchte, muss sich auch an selbstgesetzte Regeln halten.
111 Mit Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion haben die beteiligten Regierungen den euro-
112 päischen Bürgern das Versprechen gegeben, Stabilitätskriterien einzuhalten sowie die öffentliche
113 Verschuldung zu begrenzen. Damit sollte eine Transferunion verhindert werden. Gegen diese Ver-
114 einbarungen ist mehrfach von nahezu allen europäischen Mitgliedstaaten verstoßen worden. Das
115 hat dem Projekt „Europa“ Zuspruch und Glaubwürdigkeit gekostet. Daher fordern wir, dass diese
116 Kriterien in Zukunft eingehalten werden und die Mitgliedstaaten notwendige Reformen conse-
117 quent durchführen. Auf europäischer Ebene brauchen wir eine Institution, die über die Einhaltung
118 der vereinbarten Stabilitätsregeln wacht und diese auch umsetzen kann. Sinnvoll ist auch eine In-
119 solvenzordnung für europäische Staaten, um ein geregeltes Verfahren etablieren zu können. Eine
120 Transferunion, wie von linken Parteien gefordert, lehnen wir ab. Sie würde die Axt an das europäi-
121 sche Fundament legen.

122 Wir als CDU sind nach wie vor davon überzeugt: Europa ist nicht das Problem, Europa ist die Lö-
123 sung. Bewährtes müssen wir bewahren und weiterentwickeln, notwendige Reformen müssen wir
124 angehen, um Europa und die EU zukunftsfähig zu machen.

125

126 **Antragsteller**

127 Dr. Roland Heintze, Dr. Freya Gräfin Kerksenbrock, Caroline Mücke-Kemp, Sören Niehaus, Dr.
128 Christoph Ploß, Dr. Roland Salchow, Christopher Sauer, Christoph Schaefers, Michael Semder,
129 Dennis Thering, Peter Urban und Prof. Dr. Götz T. Wiese, 20.08.2018

130 (Unterstützt vom Landesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik un-
131 ter dem Vorsitz von Tobias Lücke)